



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Positionspapier SP Basel-Stadt

In Würde altern – Basel-Stadt wird ein altersfreundlicher Kanton

1. Ausgangslage

2. Die Lebensphasen

2.1 Im aktiven Erwerbsleben

2.2 Der Übergang vom Erwerbsleben ins Alter 63-68

2.3 Die aktiven SeniorInnen

2.4 Die fragile Lebensphase

2.5 Die letzte Lebensphase

3. In Würde Wohnen

3.1 Herausforderungen

3.2 Unsere Forderungen

4. In Würde betreut werden

4.1 Herausforderungen

4.2 Unsere Forderungen

5. In Würde leben

5.1 Herausforderungen

5.2 Unsere Forderungen

6. Fazit und Ausblick

7. Quellenangaben



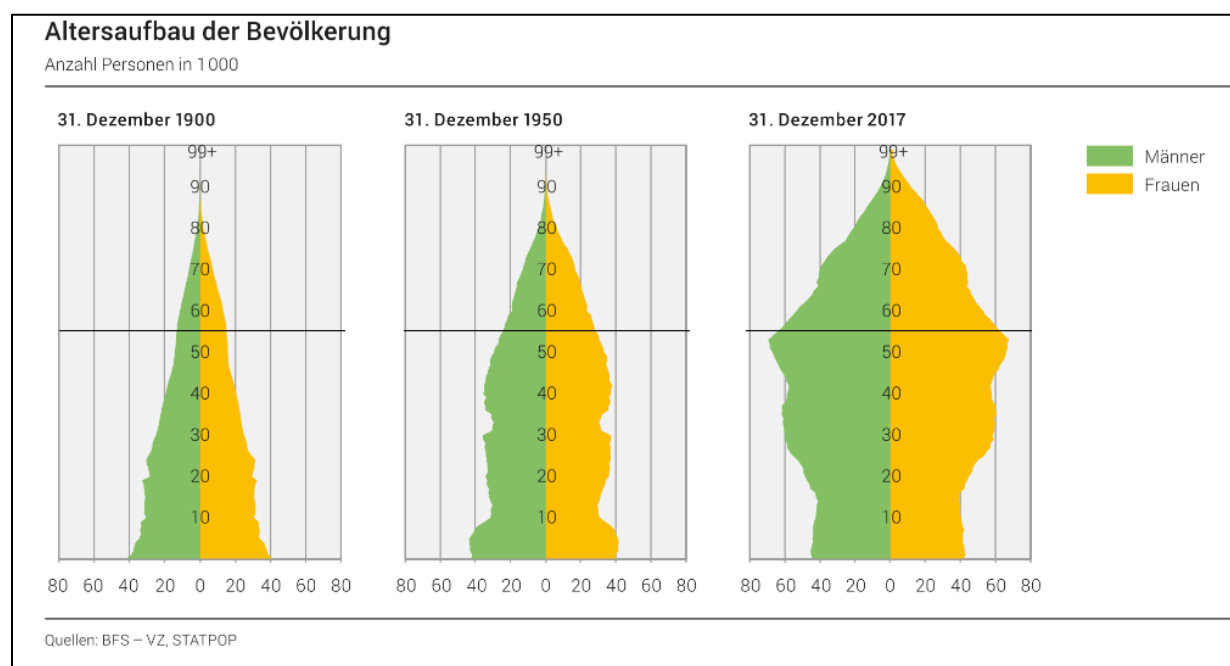
Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

1 Ausgangslage

Die Schweizer Bevölkerung ist im Laufe des 20. Jahrhunderts deutlich älter geworden. Der Anteil der über 64-Jährigen ist von 5,8% im Jahr 1900 auf jetzt 18,1% angestiegen. Laut dem Bundesamt für Statistik¹ wird die Anzahl der 65-Jährigen und älteren Personen in der Schweiz stark zunehmen. Die Zahl dieser Bevölkerungsgruppe wird jährlich um 40'000 bis 60'000 Menschen wachsen. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird in den nächsten 30 Jahren von 18% (2016) auf 27% steigen. Die aktuellen Szenarien des BFS gehen davon aus, dass in 30 Jahren über eine Million 80-jährige und ältere Personen in der Schweiz leben werden.

Im Kanton Basel-Stadt lebten 2018 insgesamt 200'265 Personen. Davon waren 38'844 Personen älter als 65 und davon 13'345 Personen über 80 Jahre alt. Damit ist die Basler Bevölkerung älter als in anderen Kantonen.

Die Lebenserwartung ist in der Schweiz nach Japan die höchste der Welt: 81,5 Jahre für Männer und 85,3 Jahre für Frauen.



Quelle: Bundesamt für Statistik, 2019

Es ist erfreulich, dass diverse Faktoren, wie beispielsweise der medizinische Fortschritt, zu einer höheren Lebenserwartung führen. Dies stellt die Politik jedoch auch vor neue Herausforderungen, insbesondere in der Alterspolitik und im Umgang mit individuellen Risikofaktoren. Dazu zählen kritische Lebenssituationen und -Ereignisse (bspw. tiefer sozio-

¹ Bundesamt für Statistik, 2019.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

ökonomischer Status, Partner- und/oder Netzwerkverlust), bestehende oder neu auftretende Krankheiten oder Behinderungen.

In diesem Positionspapier zeigen wir mögliche Handlungsfelder auf und schlagen konkrete Massnahmen für ein gesundes und würdiges Altern in Basel-Stadt vor. Altern ist unvermeidlich, doch Alter darf nicht mit Krankheit oder Gebrechlichkeit gleichgesetzt werden, sondern es handelt sich um eine Lebensphase mit spezifischen Chancen und Herausforderungen, die individuell höchst unterschiedlich erlebt werden. Darum muss die Politik auch unterschiedliche Lösungsansätze für die im Alter auftretenden Anforderungen und Schwierigkeiten bereithalten.

Nicht zu unterschätzen ist dabei auch das Ausmass an Diskriminierungen, die ältere Menschen allein aufgrund ihres Alters erfahren, sei dies am Arbeitsplatz, bei der Stellensuche, im Gesundheitsbereich (beim Arztbesuch, im Spital, in der medizinischen Forschung, bei der Beschaffung von Hilfsmitteln wie Hörgerät, Rollstuhl, usw.), bei der Wohnungssuche, beim Abschluss von Versicherungen oder der Teilnahme im öffentlichen Leben.

Weitere Forderungen der SP sind in folgenden Dokumenten enthalten:

- *Resolution SP Schweiz „keine Kürzungen der laufenden BVG-Renten“ - vom 2. März 2019*
- *Positionspapier SP Schweiz „Chancengerechtigkeit für die Berufsbildung“ – vom 2. März 2019*
- *Positionspapier SP Schweiz „Arbeit und Ausbildung für alle“ – vom 2. März 2019*
- *Positionspapier SP Schweiz „Arbeit und Ausbildung für alle“ – vom 2. März 2019*
- *Positionspapier SP Schweiz „Unsere Wirtschaft“ – vom 1. Dezember 2018*
- *Resolution SP60+ Schweiz „Bezahlbarer Wohnraum für alle, auch im Alter!“ - vom 1. Dezember 2018*
- *Positionspapier SP Schweiz „Wohnen“ – vom 29. November 2017*
- *Resolution SP Schweiz „Bezahlbarer Wohnraum für alle , auch im Alter! – vom 1. Dezember 2018*
- *Positionspapier SP Schweiz „Teurer Wettbewerb – für ein starkes öffentliches Gesundheitswesen“ - vom 24. Juni 2017*
- *Positionspapier SP Schweiz „Für einen klugen Umgang vom Potential älterer Arbeitnehmender“ – vom 27. August 2015*
- *Positionspapier SP Basel-Stadt „Integration von Migrantinnen und Migranten“ – vom 20. Januar 2011*

So vielfältig die Gesamtbevölkerung im Kanton ist, so vielfältig ist auch die alternde Bevölkerung. Sie unterscheidet sich u.a. in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, sexuelle Orientierung, ökonomische Möglichkeiten, Beeinträchtigungen, uvm. Diese Vielfalt ist auch in der Alterspolitik zu berücksichtigen. Ältere Migrantinnen und Migranten sind häufig einer Vielzahl von Belastungsfaktoren auf



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

einer ökonomischen, gesellschaftlichen und migrationsspezifischen Ebene ausgesetzt. Studien zeigen, dass zum Beispiel ältere Migrantinnen häufig eine schlechtere physische und psychische Gesundheit aufweisen als andere Gruppen. Wegen der wachsenden Pluralisierung von Lebensmodellen gibt es zunehmend Widersprüche zwischen Erwartungen an Betreuung durch (weibliche) Familienangehörige und den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Veränderungen wirken sich auf die Betreuung und Pflege von älteren Migrantinnen durch ihre Angehörige aus.² Die Politik muss sich den aktuellen und künftigen Entwicklungen in den Bereichen Demographie und Diversität bewusst stellen. Die Basler Alterspolitik muss diversitätsgerecht sein; der Kanton Basel-Stadt soll diesbezüglich eine Vorreiterrolle einnehmen. Insbesondere das Thema Migration und Alter muss auf die Agenda der Basler Alterspolitik gesetzt werden.

Im Zentrum ihrer Überlegungen und Angebote sollte dabei die Teilhabe älterer Menschen stehen, denn der Verlust von nahen Menschen im eigenen Umfeld sowie der Selbstbestimmung, der Selbständigkeit, der Entscheidungs- und Handlungsspielräume, um die eigenen Kräfte zu mobilisieren, mit Gleichaltrigen ins Gespräch zu kommen und der damit verbundenen Einsamkeit stellen grosse Herausforderungen dar. Ebenso sind Orientierungslosigkeit im raschen Wandel in allen Lebensbereichen, Sexualität, Angst vor Sterben und Tod, verschiedene Formen, das Leben zu beenden, Planung der letzten Lebensjahre grosse Herausforderungen im Alter. Weiter muss die Alterspolitik die volkswirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutenden Beiträge von älteren Personen (sei es beispielsweise in der Betreuung von Grosskindern oder Familienangehörigen) einbeziehen.

Die aktuelle Diskussion der Versorgung im Alter ist stark Finanzierungs- und darum KVG-geprägt, diese knüpft an medizinisch-pflegerisch zu dokumentierende „Aufwendungen“ an. Da aber das Alter per se keine Krankheit ist und darum die Bedürfnisse auch nicht nur mit dieser Logik erfassbar ist, fokussieren wir uns als Kantonalpartei bewusst auf drei Lebensbereiche des Alters. Das Wohnen, die Betreuung sowie das Leben (sozioökonomischer Aspekt). Die Pflege und deren Finanzierung stehen bereits auf Bundesebene zur Debatte. Hier möchten wir die vom Bund im Juli 2019 angekündigte Schwächung der ambulanten Pflege in aller Deutlichkeit ablehnen.

In Anbetracht der geplanten Verlagerung von Stationär zu Ambulant ist es der SP Basel-Stadt jedoch ein grosses Anliegen zu unterstreichen, dass wir eine starke ambulante Pflege und neue Versorgungsmodelle, wie z.B. Buurtzorg in den Niederlanden, das nicht nur seine Fachkräfte stärkt, sondern insbesondere bedürfnisgerechte Pflege- und Betreuungsleistungen anbietet, benötigen. Detailforderungen dazu sind im Kapitel 4 und zahlreichen Positionspapieren der SP zu entnehmen.

² Hungerbühler und Bisegger, 2012.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

2 Die Lebensphasen

2.1 Im aktiven Erwerbsleben

Von den insgesamt 5'505'000 erwerbstätigen Menschen in der Schweiz sind 16.5% zwischen 55 und 64 Jahre alt, weitere 3.7% bereits älter. Ältere Erwerbstätige sind auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. So ist die Arbeitslosigkeit der über 55-jährigen seit 2010 stark gestiegen. Ältere Arbeitslose bleiben zudem länger stellenlos und werden daher überdurchschnittlich häufig ausgesteuert. Obwohl diese Altersgruppe meist gut ausgebildet ist, nimmt die Zahl derer, die Sozialhilfe benötigen, zu.

Ab 54 kann die Arbeitssituation prekär werden. Viele verlieren schon lange vor der Pensionierung ihre Stelle. Dieser Sachverhalt wird immer bedeutender werden. Die älteren Arbeitslosen bleiben häufig auf Dauer stellenlos und werden daher überdurchschnittlich häufig ausgesteuert.

Die SP Alterspolitik setzt deshalb nicht erst mit dem ordentlichen Pensionsalter an, sondern beleuchtet auch die Lebensphase ab dem 55. Lebensjahr. So wird auch der Individualität des Alterns Rechnung getragen, und kommende Altersgenerationen können in die Planung und Umsetzung zukünftiger Gesetze, Projekte und Programme integriert werden.

2.2 Der Übergang vom Erwerbsleben ins Alter

Der Übergang von Erwerbsleben in die Rente wird zunehmend individueller und flexibler gestaltet, so dass die Pensionierung mit 64, respektive 65 Jahren für viele nicht mehr der Realität entspricht.

Die Vorbereitung auf das Pensionsalter beginnt oft schon viel früher mit einer Neuorientierung, sei dies mit einer schrittweisen Reduktion der Arbeitszeit, einer freiwilligen Frühpensionierung und der Aufnahme einer selbständigen Arbeit über das Pensionsalter hinaus oder dem verstärkten Einsatz in der Freiwilligenarbeit. Das Spektrum der Möglichkeiten ist stark abhängig vom Einkommen und Status. Eine Studie der Pro Senectute zeigt auf, dass eine zunehmende Zahl von Pensionierten auf staatliche oder private Zusatzleistungen angewiesen ist, obwohl die Betroffenen ihr ganzes Leben gearbeitet und Erziehungsaufgaben wahrgenommen haben

(<https://www.prosenectute.ch/de/dienstleistungen/publikationen/studien/leben-mit-wenig-spielraum.html>).

Umso wichtiger ist es, dass der Übergang vom Erwerbsleben ins Alter individuell gestaltet werden kann. Unabhängig davon, ob eine Person mit 61 Jahren in Frührente geht, oder mit 68 noch erwerbstätig ist.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

2.3 Die aktiven SeniorInnen

Die heutigen aktiven Seniorinnen und Senioren achten vermehrt auf ihre Gesundheit, nehmen am sozialen Leben ihrer Umgebung teil, gewährleisten ihre persönliche Sicherheit und verbessern so ihre Lebensqualität.

Dennoch sind funktionelle Einschränkungen, Einschränkungen bei den Alltagsaktivitäten und oft auch finanzielle Einschränkungen im Alter unvermeidlich und beeinflussen den Gesundheitszustand, die Sicherheit sowie die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen.

Forschungen zeigen, dass Bildung, Einkommen und Status einen Einfluss auf die Gesundheit, das gesundheitsrelevante Verhalten im Alter sowie die Mortalitätsrate haben³. Diese Faktoren wirken sich auch auf die Sicherheit sowie auf die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen aus. Betroffen sind dabei nicht nur die etwa 25% AHV Beziehenden, die nur eine AHV haben und auf EL angewiesen sind⁴ sondern auch diejenigen AHV Bezüger und Bezügerinnen, die aus Scham auf EL verzichten.

2.4 Die fragile Lebensphase

Im Übergang vom höheren Alter zur letzten Lebensphase, oft zwischen dem 80. und dem 85. Lebensjahr, steigen die Risiken gesundheitlicher Einschränkungen und sozialer Verluste.

Rund 33% der Menschen im Alter zwischen 55 - 79 Jahren sind von funktionellen Einschränkungen (Einschränkungen beim Seh-, Hör- oder Gehvermögen) betroffen. Ab 80 Jahren verdoppelt sich der Anteil der Personen mit eingeschränktem Seh- oder Hörvermögen. Der Anteil der Personen mit beeinträchtigtem Gehvermögen verdreifacht sich. Dabei ist kein nennenswerter Geschlechterunterschied festzustellen. Ebenso erhöht sich das Risiko, an Demenz zu erkranken, was an das Alterspflegesystem hohe und komplexe Anforderungen stellt.

2.5 Die letzte Lebensphase

In der letzten Lebensphase geht es in allen Lebensbereichen um ein würdiges und möglichst selbstbestimmtes Dasein. Im Vordergrund muss der Mensch und dessen Wunsch stehen: Seine Entscheidung, wie er in den letzten Wochen und Monaten vor dem Tod leben will, ob er mit assistiertem Suizid oder eines natürlichen Todes sterben will, ist zu respektieren. Die lückenhafte und fragmentierte Finanzierung ist eines der zentralen Hindernisse bei der Bereitstellung von Palliativpflege und muss dringend verbessert werden.

3 Gutes Alter S65. Armut macht krank. Caritas. 2009

4 Pro Senecute S. 38



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

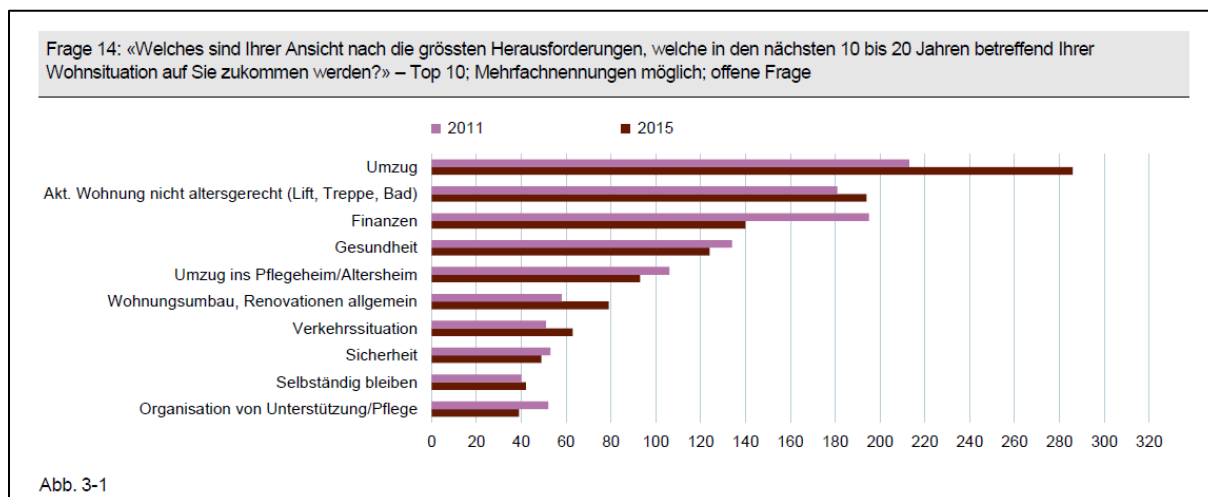
3 In Würde Wohnen

Wohnen betrifft unser privatestes engstes Umfeld. Mit zunehmendem Alter verringert sich meist der Bewegungsradius, darum werden Wohnen in Selbstbestimmung und Würde und das jeweilige Wohnumfeld immer wichtiger.

Das Positionspapier der SP Basel-Stadt „Unser Kanton, unser Wohnraum“ vom November 2017 zeigt auf, was erforderlich ist, damit es in Basel wieder mehr und vor allem erschwinglichere Wohnungen gibt. Die Stimmbevölkerung hat denn auch mit der Annahme der vier Wohninitiativen 2018 gezeigt, dass in diesem Bereich dringender Handlungsbedarf besteht. Ältere Menschen sind von der Wohnungsproblematik besonders betroffen, weil sie besondere Bedürfnisse wie Barrierefreiheit oder Zugang zu Dienstleistungen im nahen Umfeld haben. Oft leben ältere Menschen in einer zu grossen Wohnung, die sie nicht verlassen können, obwohl die Kinder ausgezogen und der Partner oder die Partnerin verstorben sind. Ein Umzug in eine kleinere, dazu noch teurere Wohnung kommt aber aus finanziellen Gründen nicht infrage.

Ende 2016 wohnten im Kanton Basel-Stadt 29'362 Personen, die älter als 70 Jahre alt sind. Davon bezogen rund 20% EL zur AHV. Im Durchschnitt der Jahre 2014 - 2016 zogen innerhalb des Kantons rund 1'364 Personen über 70 Jahre um⁵. Davon treten rund 700 Personen in ein Heim ein⁶. Somit suchen in Basel-Stadt jährlich rund 650 Personen über 70 eine neue eigene Wohnung.

Die Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2015 bei den Menschen 55plus in Basel-Stadt zeigt eindrücklich, dass die Themen „Umzug“ und „nicht altersgerechte Wohnung“ diese Altersgruppe am meisten beschäftigt:



Quelle: Umzugsstatistik Statistisches Amt Basel-Stadt, 2018

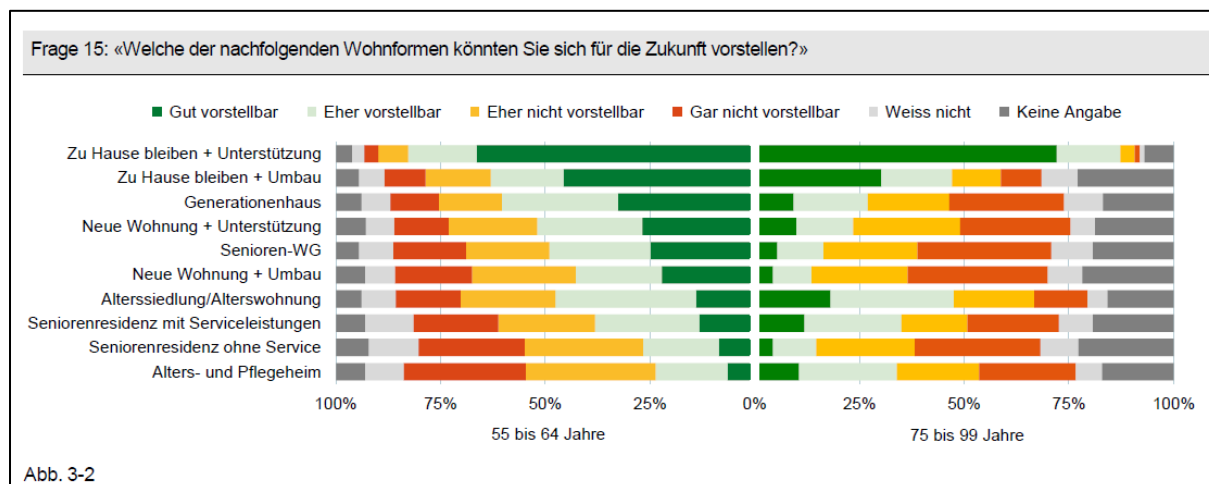
⁵ Umzugsstatistik Statistisches Amt Basel-Stadt, 2018.

⁶ Jährlich treten rund 1'200 Personen in Basel-Stadt in ein Alterspflegeheim ein, davon eben ca. 700 von zu Hause und ca. 500 aus dem Spital oder einem anderen Heim (Quelle: Amt für Langzeitpflege, Kanton Basel-Stadt).



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Und der grösste Wunsch ist, zu Hause wohnen bleiben zu können und dort die benötigte Unterstützung zu erhalten, allenfalls verbunden mit einem Umbau.



Quelle: Umzugsstatistik Statistisches Amt Basel-Stadt

Die jeweiligen langen Wartelisten zeigen, dass es in Basel darüber hinaus viel zu wenig teilbetreute Wohnmöglichkeiten gibt: es gibt nur rund 1700 Wohnungen in sog. „Alterssiedlungen“, modern „Wohnen mit Service“. Das selbständige Wohnen wird dabei mit Dienstleistungen ergänzt, die individuell eingekauft werden (in unterschiedlicher Intensität und meist individuell bestellbar ergänzt).

3.1 Herausforderungen

Mit zunehmendem Alter wird das betreute und hindernisfreie Wohnen immer wichtiger, v.a. wenn die Autonomie erhalten werden soll. Der vielfach geäusserte Wunsch, im eigenen Heim wohnen zu bleiben, steht allerdings im Widerspruch zur Tatsache, dass viele Wohnungen kaum altersgerecht gebaut sind. Mit zunehmenden körperlichen Beschwerden wird die Mobilität stark eingeschränkt, was zu Vereinsamung führen kann.

Betreutes und hindernisfreies Wohnen wird für die Autonomie betagter Menschen immer wichtiger.

Viele ältere Personen suchen erst Hilfe und Beratung, wenn akut Not herrscht oder es bereits zu spät ist: ist nach einem Spitalaufenthalt das selbständige Wohnen in Frage gestellt, bleibt oft keine Zeit mehr, nach Alternativen zu suchen⁷, so dass nur noch ein Heimeintritt in Frage kommt. Frühzeitige Aufklärung über Möglichkeiten von Wohnungsanpassungen und Beratung zu ergänzenden Unterstützungsmöglichkeiten könnten dem entgegenwirken.

⁷ Es gibt in Basel-Stadt auch keine Institution mehr, die auf Übergangspflege und -betreuung ausgerichtet wäre wie die frühere „Passerelle“ des Felix Platter-Spitals. Im Anschluss an einen Spitalaustritt sollten gezielt Zwischen-Wohnmöglichkeiten und ein Case Management angeboten werden mit dem Ziel, eine allfällige spätere Rückkehr in die eigene Wohnung abzuklären bzw. zu ermöglichen.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Ziel muss sein, dass eine breite Palette an geeignetem Wohnraum verfügbar ist, ergänzt durch ein altersgerechtes Wohn- und Dienstleistungsumfeld, das den Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen entspricht: Wohnungen nahe eines Pflegeheims, Wohnen mit Service (Haushalt, Verpflegung, Pflege, soziale Betreuung), generationendurchmischte Wohnformen können dazu beitragen, das gewünschte lange Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Und das muss so finanziert sein, dass es auch für EL-BezügerInnen eine Wahlfreiheit gibt.

Auch im Pflegeheim wohnt man. Die Hürde für einen Wechsel in ein Umfeld, das die nötige Betreuung und Pflege bietet, könnte geringer und der Wechsel weniger belastend sein, wenn die Angebote insgesamt integrativer, bedürfnisgerechter und ohne Brüche zwischen den Dienstleistungsanbietern ausgestaltet wären.

3.2 Unsere Forderungen

3.2.1 Hindernisfreies Wohnen fördern

Durch das Modell „Sicheres Wohnen im Alter“ übernimmt der Kanton eine aktive Rolle. Er geht aktiv auf Vermieter mit einem grossen Wohnungs-Portfolio zu und ermöglicht älteren MieterInnen den Umzug in eine andere, altersgerecht ausgestaltete Wohnung – dies bei attraktiver Misch-Mietzinsberechnung.

- Die SP Basel-Stadt fordert, dass das Modell „Sicheres Wohnen im Alter“ ausgebaut wird. Es sollen dafür mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Die SP Basel-Stadt fordert, dass der Kanton (oder via eine bereits existierende Organisation) mehr über Umbauten aufklärt und auch konkrete Beiträge für altersgerechte Umbauten spricht. Dafür sind finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine rasche Umsetzung der Basler Wohninitiativen.

3.2.2 Angebote für Wohnen mit Dienstleistungen fördern

Die SP Basel-Stadt sieht dringenden Handlungsbedarf für eine einfach zugängliche Beratung zu ergänzenden Unterstützungsmöglichkeiten, die das Wohnen daheim erleichtern bzw. verlängern. Angebote für Wohnen mit Dienstleistungen dürfen kein Luxusgut sein, sondern müssen für alle – auch für Menschen mit EL – finanzierbar sein.

- Die SP Basel-Stadt fordert eine aufsuchende Quartierarbeit mit Zielgruppe Alter (analog Klybeck/Kleinhüningen) um den Link zu den Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu schaffen.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine enge Beratung/Begleitung zu Hause durch die immer gleichbleibende Vertrauensperson.
- Die SP Basel-Stadt fordert die Umsetzung der Massnahmen aus dem Wohnpapier⁸ der SP Basel-Stadt, insbesondere: Benennung einer Anlauf- und Alterskompetenzstelle in

⁸ www.unser-wohnraum.ch



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

jedem Quartier; Förderung des Generationenwohnens; Angebot für neutrale Beratung zu allen Themen rund ums Wohnen im Alter: §16a Entwurf WRFG umsetzen, aber nicht als „kann“-Vorschrift.

- Die SP Basel-Stadt fordert die Selbstmanagementförderung voranzutreiben. Die Nutzung und Anschaffung von technischen Hilfsmitteln zur Überwachung der eigenen Sicherheit muss verstärkt werden.
- Das betreute Alterswohnen muss erschwinglicher werden. Die SP Basel-Stadt fordert eine höhere Vergütung der Betreuung. Dies muss durch eine Anpassung der kantonalen Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behindertenkosten bei der EL geschehen.
- Die SP Basel-Stadt fordert die Prüfung zur Einführung des Genfer-Modells IEPA (Immeubles avec encadrement pour personnes âgées) inklusive einer Finanzierung von Leistungen, welche nicht via KVG abgerechnet werden können.
- Die SP Basel-Stadt fordert, dass Pilotprojekte für innovative Wohnformen gefördert werden, so beispielsweise das „Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2020-2024“⁹ des BWO.
- Die SP Basel-Stadt unterstützt die zur Selbstständigen Planung „Lebensplan für die Zeit ab dem 60. Lebensjahr“ und animiert zur Teilnahme.

3.2.3 Gesellschaftliche Teilhabe verstärken

Nicht zuletzt durch ein engagiertes Nachbarschaftsnetzwerk, eine gute Quartierstruktur (inkl. Einkaufsmöglichkeiten) kann die gesellschaftliche Teilhabe verbessert und gewährleistet werden.

- Die SP Basel-Stadt fordert einen Ausbau der Quartierarbeit. Dazu müssen Quartiertreffpunkte gestärkt werden. Es soll eine Verzahnung der freiwilligen und professionellen Angebote und Aktivitäten geben (u.a. Treffpunkte, Mittagstische, etc.).
- Die SP Basel-Stadt fordert eine professionelle Moderation von Nachbarschaftshilfe (bspw. soziokulturelle Animation).
- Die SP Basel-Stadt fordert die Überwindung des institutionellen „Gärtli-Denkens“. Dies indem Vernetzungsarbeit und Kooperationen gezielt gefördert werden.
- Die SP Basel-Stadt fordert einen Ausbau von sinnstiftenden Massnahmen und gemeinnützigen Aktivitäten zur sozialen Integration für über 55-Jährige.

⁹ Themenverantwortliches Amt: Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)



4 In Würde betreut werden

Unsere Gesundheits- und Sozialpolitik richtet sich aktuell nach dem Motto „ambulant vor stationär“, dies auch mit dem Ziel, die Kosten für die Betreuung und Pflege der steigenden Anzahl betagter Menschen besser zu kontrollieren und wenn möglich zu reduzieren. Eine zukunftsorientierte Gesundheits- und Sozialpolitik muss sich aber am Motto „ambulant und stationär“ orientieren. Die politische Diskussion konzentriert sich dabei auf die Kosten der Pflegeleistungen und kaum auf die wichtigen Betreuungsleistungen und übersieht den damit verbundenen Nutzen und die Chancen für Individuum und Gesellschaft.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über vielfältige ambulante und stationäre Pflege- und Betreuungs-Angebote, welche durch unterschiedlichste private Organisationen und Einzelpersonen erbracht werden¹⁰:

- 38 Standorte von Pflegeheimen¹¹
- 58 Spitex-Organisationen
- 60 Einzelpersonen mit Spitexbewilligung

Darunter gibt es auch teilstationäre Angebote wie Tageseinrichtungen und Angebote für betreutes Wohnen¹².

Neue private Dienstleistungsangebote wie Migrant Care werden rege genutzt. Dies können sich aber lange nicht alle betreuungsbedürftigen Menschen leisten, und so entsteht vermehrt ein soziales Ungleichgewicht in der Möglichkeit, sich ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Zudem sind die Migrant Care Tätigen oft prekären Arbeitsbedingungen ausgeliefert.

4.1 Herausforderungen

Im Gegensatz zur Pflege ist die Betreuung im Alter bis jetzt nicht gesetzlich geregelt. Zum grössten Teil übernehmen Angehörige, Freundinnen, Nachbarinnen und Freiwillige die Betreuung von älteren Menschen (zum allergrössten Teil ist dies immer noch Frauensache). Dabei handelt es sich meistens um Alltagstätigkeiten wie Einkaufen, Putzen, Kochen, Fahrdienste und ähnliches.

Mehr als die Hälfte der 65+-Jährigen nimmt Hilfe durch Angehörige oder Spitex-Dienste in Anspruch, denn die professionelle Hilfe ist kein Ersatz für informelle Hilfe. 63% der Personen, die Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen, erhalten zusätzlich noch informelle Hilfe. Frauen beziehen Spitex-Leistungen häufiger als Männer (Höpflinger, 2017).

¹⁰ www.gesundheitsdepartement.bs.ch; Langzeitpflege; Spitexbewilligungen, Pflegeheimliste (Stand: 6.4.2019)

¹¹ Von den rund 3'200 Plätzen in den Pflegeheimen werden ca. 1/6 von Menschen in Pflegestufe 1 und 2 belegt, welche bei so geringer Pflegeintensität grundsätzlich gut in einem anderen Umfeld, d.h. ambulant gepflegt und betreut werden könnten. Für über 500 Menschen wäre unseres Erachtens bei einem adäquateren Angebot an Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten (noch) kein Pflegeheimaufenthalt erforderlich. Was nicht heisst, dass die Wahlfreiheit, auch bei tiefer Pflegestufe in ein Heim eintreten zu können, beschränkt werden soll.

¹² www.gesundheitsversorgung.bs.ch (Stand: 6.4.2019)



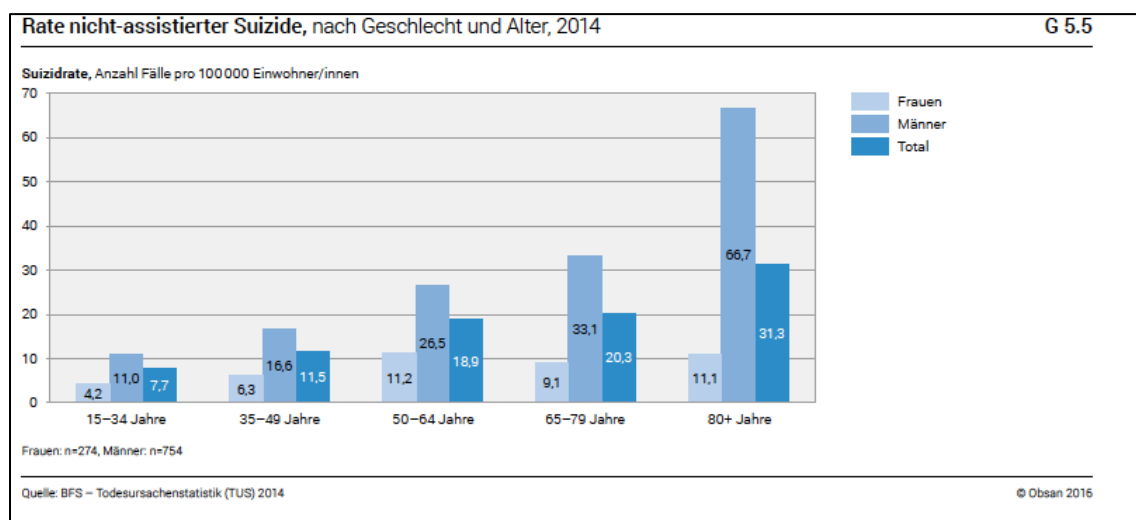
Ältere Menschen leisten grosse unentgeltliche Hilfestellungen in ihrem Umfeld, sie sind nicht nur als HilfeempfängerInnen zu betrachten. Die erhaltene Hilfe übersteigt erst ab dem 85. Altersjahr die leistende Hilfe. So lange wie möglich wollen viele ältere Menschen Hilfe nicht ohne Gegenleistung in Anspruch nehmen. Dennoch sind für hochbetagte Menschen reduzierte Energiereserven und eine erhöhte Vulnerabilität zentrale Lebensthemen.

Psychische Gesundheit im Alter

Die WHO¹³ definiert die psychische Gesundheit als „einen Zustand des Wohlbefindens, in dem der Einzelne seine Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, produktiv und fruchtbar arbeiten kann und imstande ist, etwas zu seiner Gemeinschaft beizutragen“.

Gesellschaftliche und persönliche Einstellungen sowie stereotype Bilder zum Alter beeinflussen die Gesundheit signifikant¹⁴. Zudem leiden Personen mit funktionellen Einschränkungen (wie z.B. hören, sehen, sich bewegen) häufig an einer psychischen Belastung, weisen einen Mangel an Energie und Vitalität aus und leiden unter dem Gefühl, wenig Kontrolle über das eigene Leben zu haben.

Die Kombination von Einschränkungen in den Alltagsaktivitäten, einer geschwächten psychischen Gesundheit und der sozialen Isolation sind eindeutige Risikofaktoren, die nicht-assistierte Suizide im Alter beeinflussen.



Quelle: Bundesamt für Statistik, 2016

Zur Förderung der psychischen Gesundheit im Alter erweisen sich folgende konkrete Massnahmen als wirksam¹⁵:

¹³ RC63 Faktenblatt zu psychischer Gesundheit | WHO Regional Office for Europe, 2019.

¹⁴ Peters, Jeschke, Peters: Ältere Patienten in der psychotherapeutischen Praxis – Ergebnisse einer Befragung von Psychotherapeuten, Stuttgart, New York 2013.

¹⁵ Lindner, Hery, Schaller, Schneider, Sperling (Hrsg): Suizidgefährdung und Suizidprävention bei älteren Menschen, Berlin Heidelberg, 2014.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

- Vermittlung von Bewältigungsstrategien und Kompetenzen
- Anreize zu physischen Aktivitäten
- Anreize zu spirituellen und kreativen Aktivitäten
- Möglichkeiten zur sozialen Integration
- Zugang zu sozialer Unterstützung und sozialen Netzwerken

Die Finanzierung unseres Pflege- und Betreuungsmodelles ist in einer prekären Situation und fördert weder Autonomie noch Teilhabe der alten Menschen. In die alterspolitische Debatte muss nebst dem Recht auf Pflege das Recht auf Betreuung in den Fokus treten. Das Ziel muss ein ganzheitliches, integratives Betreuungsverständnis sein, welches ein selbstbestimmtes Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter für alle Menschen ermöglicht.

4.2 Unsere Forderungen

4.2.1 Integrative und bedürfnisorientierte Versorgung vor Ort

Die SP Basel-Stadt sieht dringenden Handlungsbedarf für eine bedarfsgerechte und quartiernahe Struktur. Der Betreuung der älteren Bevölkerung ist in der Quartiers- und Stadtentwicklung ein wichtiger Stellenwert einzuräumen. Betreuung im Alter wird Teil des Service Public und kann von allen in Anspruch genommen werden. Es muss ein Paradigmenwechsel – weg von einer stark segmentierten Versorgung hin zu einer flexiblen, integrativen und bedürfnisorientierten Versorgung – vorangetrieben werden. Die Betreuung muss Teil dieser integrativen Versorgung sein.

- Die SP Basel-Stadt fordert die Initiierung eines Pilotprojekts zur Stärkung und Erweiterung eines Caring Community-Ansatzes. Dafür muss in einem ersten Schritt der Kanton verpflichtet werden, das Leitbild „caring community“ aktiv zu verfolgen mit dem Ziel einer deinstitutionalisierten, integrativen Versorgung im Alter.
- Die SP Basel-Stadt fordert aufsuchende und intermediäre gerontopsychiatrische Angebote als festen Bestandteil der Versorgungsstrukturen vor Ort¹⁶.
- Die SP Basel-Stadt fordert Haushalte bei den Direktzahlungen für Pflege – im Besonderen aber auch Betreuung und Alltagsunterstützung – bei finanziellem Bedarf zu entlasten. Betreuung darf kein Luxusgut sein.

4.2.2 Gesundheit und Prävention fördern

Die SP Basel-Stadt setzt sich für die Erhaltung und die Verbesserung der Lebensqualität ein. Dafür sind die Gesundheit und die Prävention wichtige Elemente. Damit diese Elemente zum Tragen kommen, müssen Betreuungsaufgaben gleichwertig behandelt werden bei

¹⁶ Curaviva Schweiz: Das Wohn- und Pflegemodell 2030 (2016).



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Leistungsangeboten und Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und privaten Anbietenden analog zu den heute gesetzlich verankerten Pflegeleistungen.

- Die SP Basel-Stadt fordert eine Garantie der Zugänglichkeit und Finanzierbarkeit von Angeboten zur Gesundheitsförderung und Prävention im Bereich der Unterstützung im Alltag und der Betreuung und Pflege zu Hause für alle älteren Menschen.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine bessere Koordination der ambulanten und stationären Leistungen unter Berücksichtigung individueller bio-psychosozialer Bedürfnisse und Lebenssituationen der älteren Menschen.
- Die SP Basel-Stadt fordert, dass der Kanton den Zugang zu nicht KVG-pflichtigen Leistungen im Bereich der Palliativpflege erleichtert und mitfinanziert.

4.2.3 Fachpersonal und pflegende Angehörige stärken

Betreuungsleistungen sind immer ein Miteinander von Angehörigen, freiwilligen HelferInnen und Professionellen. Damit eine bedürfnisgerechte Betreuung stattfinden kann, ist es essentiell, sowohl das Fachpersonal wie auch pflegende Angehörige zu stärken. Gut ausgebildete Fachpersonen für Betreuungsaufgaben wie z.B. Fachpersonen Betreuung oder SozialbegleiterInnen sollen vermehrt und gezielter für die Betreuung von älteren Menschen, insbesondere im ambulanten Bereich eingesetzt werden. Dafür ist eine bessere gesellschaftliche und monetäre Anerkennung für die Tätigkeit im Betreuungssektor zwingend erforderlich.

- Die SP Basel-Stadt fordert pflegende Angehörige mit Hilfe von Beratungs-, Schulungs- und Entlastungsangeboten stärker zu unterstützen. Zudem soll das Gesundheitsgesetz dahingehend angepasst werden, dass pflegende Angehörige eine höhere finanzielle Entschädigung erhalten.
- Die SP Basel-Stadt fordert gezielt gute Arbeitsbedingungen im Bereich der Betreuung und Pflege.
- Die Betreuungs- und Pflegeleistungen in Privathaushalten, die vorwiegend sogenannte Care-MigrantInnen aus Mittel- und Osteuropa erbringen, werden weitgehend in einem unkontrollierten Arbeitsmarkt angeboten. Die SP Basel-Stadt fordert, dass der Kanton Basel-Stadt die notwendigen gesetzlichen Grundlagen erlässt, welche für sogenannte 24h-BetreuerInnen würdige und faire Arbeitsbedingungen regeln.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine explizite Förderung der Pflege- und Betreuungsberufe bei Männern.

4.2.4 Angebote im Bereich Alter und Migration ausbauen

- Die SP Basel-Stadt fordert einen erleichterten Zugang zur Versorgung. Sprachbarrieren müssen abgebaut und die Information verbessert werden.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine enge Zusammenarbeit mit Betroffenen, dies beispielsweise durch Einbezug von Schlüsselpersonen oder Migrant*innenorganisationen.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

- Die SP Basel-Stadt fordert eine Sensibilisierung der Institutionen und Altersorganisationen betreffend Diversität und Migration. Dafür sind die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

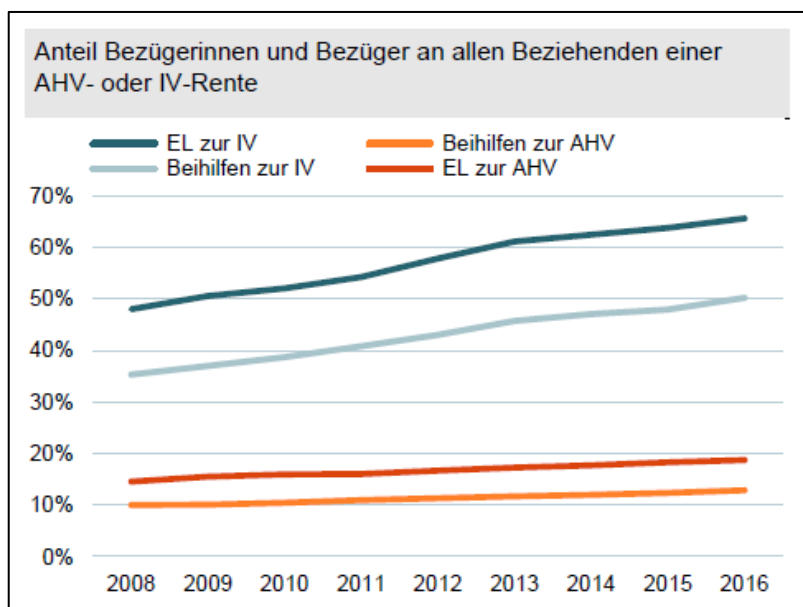
5 In Würde leben

Der sozioökonomische Status beeinflusst das Leben – auch im Alter. Altersarmut ist in der Schweiz nicht immer auf den ersten Blick sichtbar. Aber es ist eine Tatsache, dass bei vielen Rentnerinnen und Rentnern die fixen Lebenskosten wie Miete, Krankenkasse und Steuern einen grossen Teil des Einkommens auffressen. Deshalb minimieren sie ihre persönlichen Ansprüche. Aus Scham erfolgt ein Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben und sie verzichten auf viele Aktivitäten. Viele verlieren ihre gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe.

Hier ist auf das umfangreiche Positionspapier der SP Schweiz „Arbeit und Ausbildung“ hinzuweisen, welches die Themen der zunehmenden Arbeitslosigkeit von über 50-jährigen und Ausgesteuerten wie auch die kaum wahrgenommene Situation von Unterbeschäftigten aufgreift. Gerade Frauen sind von den Folgen von Teilzeitarbeit, Erwerbsunterbruch und Lohnungleichheit betroffen. All diese Faktoren stellen ein hohes Risiko für Altersarmut dar und müssen bekämpft werden.

5.1 Herausforderungen

Es gibt Menschen, die ihr ganzes Leben lang arbeiten und im Alter trotzdem nicht genug zum Leben haben. Altersarmut ist auch in Basel-Stadt eine Herausforderung. 2017 erhielten 19% der Rentnerinnen und Rentner Ergänzungsleistungen und 13% Beihilfen. Betroffen sind vor allem alleinlebende Frauen, gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Auch eine Veränderung der Lebenssituation, wie beispielsweise Scheidung oder Trennung, erhöhen das Risiko von Altersarmut.



Quelle: Sozialberichterstattung Kanton Basel-Stadt, 2017, S. 21



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Systematisch benachteiligt sind Frauen. Die Faktoren Erwerbsunterbruch, Teilzeit und Lohnungleichheit erhöhen das Risiko für Altersarmut. Zwar gibt es sogenannte Erziehungsgutschriften, aber diese gleichen die fehlenden Rentenbeiträge nicht aus. Gleichzeitig steigt der Anteil der Menschen im Alter von über 50 Jahren, die keine Erwerbsarbeit mehr finden und schliesslich von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen. Gerade in der Zeit, in der sie ihre Pensionskassen füllen sollen, haben sie keine Arbeit. Im Alter droht ihnen damit Altersarmut.

5.2 Unsere Forderungen

5.2.1 Präventiv gegen Altersarmut vorgehen und Altersarmut abmildern

Um einer mögliche Altersarmut frühzeitig vorzubeugen, sind aus Sicht der SP Basel-Stadt auch wirtschaftspolitische Massnahmen zwingend notwendig.

- Die SP Basel-Stadt fordert die Berücksichtigung der Betreuungsarbeit in den Sozialbeiträgen, damit der Altersarmut präventiv entgegnet werden kann.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine Verstärkung der Massnahmen um Langzeitarbeitslose, insbesondere solche über 50, zurück in den Arbeitsmarkt zu führen. Für diesen Zweck sind finanzielle Mittel – auch für Umbildungen – zur Verfügung zu stellen.
- Des Weiteren schliesst sich die SP Basel-Stadt dem Positionspapier „Arbeit und Ausbildung für alle“ an, und fordert, dass die 18 Punkte, welche in kantonaler Kompetenz sind, umgesetzt werden. Dies sind im Besonderen: Der Kanton muss sich aktiv an den Pilotprojekten zu den Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials beteiligen; Mietzinsmaxima bei den Ergänzungsleistungen erhöhen; Stipendien und Freiwilligenarbeit sowie gravierend Brückenrente anstatt der Sozialhilfe¹⁷; Verzicht auf Alterslimiten bei Weiterbildungen.
- Die SP Basel-Stadt unterstützt aktiv das BVG-Mischmodell¹⁸.
- Die SP Basel-Stadt fordert eine Lohngleichheit und eine Aufwertung typischer Frauenberufe.
- Die SP Basel-Stadt fordert die Einführung eines kantonalen Mindestlohns.

5.2.2 Gesellschaftliche Teilhabe stärken

Siehe Punkt 3.2.3

¹⁷ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_arbeit_und_ausbildung_fur_alle_d_nach_dv_final_0.pdf.

¹⁸ Denknetz



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

6 Fazit und Ausblick

Die Alterspolitik ist ein wichtiges Politikfeld. Mit dem vorliegenden Positionspapier möchte die SP Basel-Stadt eine breite Diskussion anstossen über die Herausforderungen, welche sich unserer Gesellschaft und unserem Kanton stellen. Drei Bereiche wurden dabei in den Vordergrund gestellt: Auch für die älteren Bevölkerungsgruppen ist das Wohnen ein zentrales Thema. Wichtig sind aber auch die Betreuung und die Prävention von Altersarmut.

Wir haben mit dem Positionspapier eine Reihe von Handlungsfeldern und konkreten Massnahmen aufgezeigt. Diese Arbeit soll nach der Verabschiedung des Papiers von der Fraktion im Grossen Rat weitergeführt werden. Damit unser Kanton zu einer echten Caring Community wird, ist der Kanton gefordert, echte alterspolitische Visionen zu entwickeln. Die SP wird ihren Beitrag dazu leisten. Packen wir's an.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

7 Quellenangaben

Amt für Langzeitpflege Basel-Stadt

In:

<https://www.gesundheitsversorgung.bs.ch/gesundheitsfachpersonen/langzeitpflege.html>

Curaviva Schweiz: Das Wohn- und Pflegemodell 2030, Bern 2016.

In: www.curaviva.ch/Verband/News/Das-Wohn-und-Pflegemodell-2030-von-CURAVIVA-Schweiz/o8kEJXfj/PPhrB/

Dörner (Hrsg.): Das Ende der Veranstaltung. Anfänge der Chronisch-Kranken-Psychiatrie, Gütersloh 1998.

Gurny, Ruth; Ringger, Beat; Seifert, Kurt (Hrsg.) *Gutes Alter*, Zürich. 2018.

Kanton Basel-Stadt: Leitlinien Alterspolitik, Basel 2013.

In: www.gesundheitsversorgung.bs.ch/gesundheitsfachpersonen/langzeitpflege/leitlinien-alterspolitik.html

Lindner, Hery, Schaller, Schneider, Sperling (Hrsg.): Suizidgefährdung und Suizidprävention bei älteren Menschen, Berlin Heidelberg, 2014.

Obsan (Hrsg): Aufenthaltsorte von älteren Menschen im letzten Lebensabschnitt, Bern 2019.

In: www.obsan.admin.ch/sites/default/files/publications/2019/obsan_bulletin_2019-02_d.pdf

Obsan (Hrsg): Angebot und Inanspruchnahme von intermediären Strukturen für ältere Menschen in der Schweiz. Ergebnisse einer Kantonsbefragung und einer Auswertung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen, Bern 2016.

In: https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/publications/2016/obsan_dossier_52_3.pdf

Obsan (Hrsg): Angebot und Inanspruchnahme von intermediären Strukturen für ältere Menschen in der Schweiz, Dossier 52, Bern 2018.

Obsan (Hrsg): Ergebnisse einer Kantonsbefragung und einer Auswertung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen, Bern 2016.

In: www.obsan.admin.ch/de/publikationen/angebot-und-inanspruchnahme-von-intermediaeren-strukturen-fuer-aeltere-menschen-der

Peters, Jeschke, Peters: Ältere Patienten in der psychotherapeutischen Praxis – Ergebnisse einer Befragung von Psychotherapeuten, Stuttgart, New York 2013.

Sozialalmanach *Recht auf Arbeit*. Caritas Verlag, Luzern. 2017.

Villiger Simone, Knöpfel, Carlo. *Armut macht krank*. Caritas Diskussionspapier 24. Luzern 2009.

WHO Regional Office for Europe: RC63 Faktenblatt zu psychischer Gesundheit, 2019.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Wissenszentrum Schönberg, Bern

In: <https://www.zentrumschoenberg.ch/wissenszentrum/>

ZHAW (Hrg.): Caring communities. Caring Communities in der Altersbetreuung, Artikel vom 12.12.2018.

In: <https://www.zhaw.ch/de/ueber-uns/aktuell/news/detailansicht-news/news-single/caring-communities-in-der-altersbetreuung/>

Eidgenössisches Bundesamt für Statistik (Stand jeweils März 2019)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/alterung/senioren.html>

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitswesen/hilfe-pflege-hause.html>

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitswesen/hilfe-pflege-hause.html>

Amt für Statistik Kanton Basel-Stadt:

<https://www.statistik.bs.ch/zahlen/tabellen/13-soziale-sicherheit/sozialversicherungen.html>

und <https://www.statistik.bs.ch/zahlen/tabellen/13-soziale-sicherheit/sozialleistungen.html>

Umzugsstatistik Statistisches Amt Basel-Stadt

Stand: 14.8.2019